

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 80 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. - Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauhaus Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 18608

Inserate kosten die festhaltende Zeile oder deren Raum 80 Pfg., bei Plagvorschritt 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif - Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.- Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 6.- Mk. - Schluss der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Besatz in Leipzig, Tauhaus Straße 19/21, Fernsprecher 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ein italienischer Truppentransportdampfer versenkt. Carson über die Wirkung des U-Boot-Krieges.

Jahrestage des Weltkriegs.

28. Februar 1916. Fortschreitender Angriff vor Verdun; die Orte Brabant, Baumont und Samogneux genommen. - Die Italiener vor Durazzo geslagen. - In Santa Cruz (Zeneriffa) sinkt der ausgebaute englische Dampfer Westburn mit 240 Gefangenen von 7 verdrängten Schiffen ein und wird darauf außerhalb des Hafens versenkt. - Snowden hält im englischen Unterhause eine Redensart.

Die neuesten Meldungen.

Der bulgarische Meeresbericht.

Sofia, 22. Februar. Bulgarische Telegraphen-Agentur. Der Generalstab teilt mit: Megaklonis Front: Kleinlich schwache Artillerieaktivität an der gesamten Front. Eine englische Abteilung in Stärke von etwa hundert Mann, der es gelang war, sich in der verlassenen Nacht dem Drahtverhaken bei Maschotovo zu nähern, wurde im Bombenkampf gesprengt. Der die Abteilung befehligende Offizier wurde verwundet gefangen genommen. Rumänische Front: Bel. Asceca Feuerwechsel zwischen den Posten an beiden Seiten der Donau.

Die Lage Norwegens.

Christiania, 22. Februar. (W. T. B.) Bei der heutigen Debatte über die Thronrede sagte der Präsident des Storting, Wilmund, er habe gemeint und meine noch, daß die norwegische U-Boot-Verordnung niemals hätte erlassen werden sollen, da er ihre innere Notwendigkeit nicht einsehen könne. Indessen sei der Konflikt mit Deutschland durch feindschaftliche Verhandlung beigelegt worden. Weniger Rücksicht habe Großbritannien gezeigt, das durch die völkerrechtswidrige Sperrung der norwegischen Zufuhr elektrischer Kupfers aus dem neutralen Amerika das Ries-Abkommen erzwingen habe, das den Anlaß zu dem englischen Kohlenverbot gegeben habe, eine „Straf“ für unser „Verbrechen“, die unbillig streng sei, nicht zum wenigsten im Hinblick auf die unschätzbaren Dienste, die die norwegische Handelsflotte England leiste.

Churchill über die englische Admiralität.

Rotterdam, 22. Februar. Im Unterhause nahm Minister Churchill nach dem Wort. Nachdem er mit Anerkennung über die Admiralität, Jellicoe und Beatty gesprochen hatte, wiederholte er seine früheren Forderungen, daß man wieder früher bei Marine verfügbar machen müßte. Man müßte dem Feinde gegenüber seine eigenen Unzulänglichkeiten verbergen. Es sei nicht die Zeit, um Marinetafeln als Vogel frei zu erklären. Dann enthielt Churchill zum erstenmal, daß die Admiralität schon im Februar 1915 dem damaligen Kabinett den Plan vorgelegt habe, der bezwecke, die Zufuhren nach den neutralen Ländern zu unterbinden. Der Einsatz des Ministers des Meeres, der gesagt worden sei, daß die Rechte der Neutralen nicht übermäßig vergrößert werden wollen, hat aber die Ausführung des Planes vereitelt. Churchill sagte gestern, daß der Minister des Meeres vielleicht gedacht habe, England werde damit einen äußerst scharfen Weg organisieren, um nicht das Wohlwollen der Neutralen einbüßen zu lassen. (Vollst. Anzeiger.)

Wiedereröffnung der Rheinschiffahrt von Mannheim bis Basel.

Basel, 23. Februar. Wie aus sicherer Quelle verlautet, haben die Verhandlungen, die seit einiger Zeit über die Wiedereröffnung der Rhein-Schiffahrt von Mannheim und Aehl bis Basel geführt worden sind, zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Der Transport von Massengütern auf dem Rhein nach der Schweiz ist prinzipiell beschlossen und dürfte in kurzer Zeit aufgenommen werden. Es handelt sich nur noch um die Erledigung einiger technischer Fragen. Die deutschen Behörden haben ihr mögliches Besten, um der Schweiz die erwünschte Schiffahrtstrasse zu öffnen. (Vollst. Zeitung.)

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 22. Februar befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Die Landtagsergebniswahl im 11. Berliner Landtagswahlbezirk.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Wahlmänner-Ergebniswahl, die am Mittwoch im 11. Berliner Landtagswahlbezirk vorgenommen wurde, hatte neben einem allgemeinen politischen auch ein spezielles Parteinteresse. Einmal handelte es sich um die Nachfolge für den feiner bürgerlichen Ehrenrechte entkleideten Genossen Liebknecht, und dann war von Bedeutung, daß die Gesinnungsgenossen der Parteivorstandspolitik, die neuen Wahlvereiner, und in der Person eines besonderen Kandidaten, des Vorsitzenden des Eisenbahnerverbandes, einen, wie sie sagten, „Kandidaten der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ entgegenstellten; in einem Wahlkreis, der fest und entschieden auf dem Boden unserer alten sozialdemokratischen Grundsätze zu stehen sich erklärt hat und deswegen vom Parteivorstande als außerhalb der Partei stehend bezeichnet worden ist. Welche Parteikräfte mögen gespannt gewesen sein, wie die Wahl ausfallen würde; bedeutete sie doch in gewisser Hinsicht einen Prüfling. Die Wahl ging auf Grund des veralteten Dreiklassenwahlrechts vor sich; mit alle den Schönheiten des direkten, öffentlichen, nach Klassen geordneten Wahlverfahrens. Dazu kam der Mangel einer kühnigen Presse; und die durch den Krieg in die Reihen unserer eingearbeiteten tätigen Funktionäre gerissenen großen Klaffen. Wir hatten am Wahltag allein 112 Wahllokale zu besetzen, in denen 288 Wahlmänner neu zu wählen waren. Die Mehrheitssozialisten hatten den uns geraubten Vorwärts zur Verfügung, in welchem sie uns in den letzten Tagen fortgesetzt angriffen, ohne daß wir sofort die nötige Antwort geben konnten. Der Schlepplapparat am Tage der Wahl konnte wegen Mangel an Kräften nicht in Bewegung gesetzt werden, da wir mindestens etwa 250 Leute in den Wahllokalen haben mußten. Wir mußten hoffen, daß unsere Freunde allein ohne Aufforderung zur Wahl erscheinen würden. Und nun unsere Sozialpatrioten. Sie verbanden sich mit den politischen Gegnern der Arbeiterpartei mit dem Ergebnis, daß die Vereine der Freisinnigen Volkspartei im 6. Kreise mit Unterstützung der Freisinnigen Volkspartei Groß-Berlins an ihre Parteigänger ein Anschreiben richteten, sich an der Wahl zu beteiligen, „um den 11. Landtagswahlbezirk von einer Vertretung im Abgeordnetenhaus durch einen Anhänger der Liebknechtgruppe zu befreien“. Ne mehr Wahlmänner gegen die Liebknechtgruppe gewählt werden - heißt es in dem Schreiben - desto sicherer ist eine Niederlage dieser Partei, deren Verhalten in der gegenwärtigen ersten Zeit nicht zum Wohle des Vaterlandes gereicht. Wir rechnen hierbei auch auf die Unterstützung und Wahlbeteiligung derjenigen Wähler, die nicht Anhänger einer liberalen Partei sind, aber die Niederlage der Liebknechtgruppe mit uns als erstrebenswertes Ziel ansehen. Das Spiel war sein eingeleitet. Man wollte uns mit Hilfe der bürgerlichen Wähler sozialdemokratische Wahlmänner als möglich abnehmen, um sie dann den Scheidemannern zuzuführen. Wie recht wir mit dieser Annahme hatten, geht aus der Tatsache hervor, daß das „sozialdemokratische Wahlkomitee: J. N. Vatsch“ in der Berliner Volkszeitung am Abend vor der Wahl einen Aufruf veröffentlicht, nachdem unter Bezugnahme auf „die Wahlparole der Fortschrittlichen Volkspartei alle sozialdemokratischen Wähler der 1. Abteilung ersucht werden, geschlossen die Wahlmänner der Fortschrittlichen Volkspartei zu wählen“.

So Arm mit Arm mit den politischen Gegnern der Arbeiter verbündet, begannen die Sozialpatrioten in Berlin im 6. Kreise ihre erste Aktion, die Aktion „der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. (!) Die Namen ihrer Wahlmänner auf ihren Stimmzetteln wurden den Wählern durch Gewerkschafts- und Klassenangestellte, die herbeigeholt worden waren, als „Vertreter der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ angepriesen, während unsere Wahlmänner als die Vertreter der alten sozialdemokratischen Partei, die auf dem Boden unserer Grundsätze steht, bezeichnet wurden. Unsere Gesinnungen waren besonders auf dem Posten und harteten oft den ganzen Tag mit großer Zähigkeit aus, ohne Essenspause zu machen. Das Ergebnis war ein höchliches Plakat der Mehrheitsliste. Von 268 Wahlmännern, die zu wählen waren, erbeuteten die Freisinnigen glänzend 25 Wahlmänner, nämlich in der 1. Abteilung, in der 2. Abteilung holten sich die Sozialpatrioten 3 Wahlmänner, wäh-

rend sie in der ersten 2, und in der 3. Abteilung einen erhielten. Diese 6 Wahlmänner, zu denen möglicherweise noch einer kommen könnte, bilden ihre Beute, die ihnen auch nur mit Hilfe der von ihnen angeführten Bürgerlichen zusie. Das ist nun das Ergebnis der ersten Aktion der Mehrheitspolitiker in Berlin! Selbständig getrauten die Scheidemannern sich nicht, in die Kampfesarena zu steigen. Sie erbaten vom Bürgerlichen Hilfe gegen ihre eigenen Klassengenossen. Daß wir in Abteilungen, in denen man nur wählen kann, wenn man 800, 800 Mk., in 2 Fällen sogar 16000 und 21000 Mark Steuern zahlt, keine Wahlmänner erhalten konnten, ist selbstverständlich. Aber auf dieses Wahlrecht zu spekulieren, es für seine Zwecke gegen uns auszunutzen, das konnten nur die „Vertreter der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ fertigbringen, die in dem Wahne leben, mit einer solchen Politik die Arbeiter heranzuziehen zu können. Es war verdient, daß manche Wähler der Stimmzetteln-verfeiler dieser Partei in mehr als einem Falle ihre Meinung sagten, anstatt ihnen einen Zettel abzunehmen.

Der Vorwärts ist denn auch sehr kleinlaut geworden. Er registrierte mit kurzen Worten an recht verdeckter Stelle, daß etwa 75 der Stimmen auf die Arbeitergemeinschaft gefallen seien, über die Haltung der früher gewählten Wahlmänner sei nichts sicheres bekannt. Wir wissen, welche Haltung diese Wahlmänner bis auf einige wenige einnehmen: keine andre als die, welche am 21. Februar neu gewählt worden sind. Und diese Haltung wird sich auch durch noch so viele Beeinflussungen der Scheidemannern nicht ändern. Diese mögen also alle Hoffnungen fahren lassen.

Der Ausgang der Wahl hat bewiesen, trotz Klassenwahl, trotz der großen Schwierigkeiten, unter denen sie stattfand, daß die dahingeliebenen Arbeiter fest und treu zu denjenigen stehen, die die Fahne des Sozialismus und der Demokratie rein und unbedeckt durch den Krieg hindurchgetragen haben. Und daß die Draußenstehenden nach ihrer Rückkehr mit uns gemeinsame Sache machen, dessen sind wir sicher. Wir wissen, daß wir auf dem rechten Wege sind, daß unsere Politik die einzig richtige für die Arbeiterklasse ist, und wir werden, das hat uns die Wahl erneut bewiesen, unerschrocken und unbekümmert diesen Weg weitergehen dürfen.

Die Kohlensteuer.

Nun ist der erste Suppenlöffel voll von der neuen Steuerbescherung, die die Regierung für uns in Vereitlung hat, herausgekommen. Er heißt Kohlensteuer, und bringt eigentlich keinerlei Ueberraschung, nicht einmal in der enormen Höhe von 20 Prozent des Verkaufspreises der Kohlen. Denn daß der Krieg gewaltige Summen verpulvert, das wissen wir ja; wir haben gestern erst ausführlich dargelegt, und folglich wußten wir auch, daß es sich bei den neuen Belastungen um keinen Pappeneißel handelt. Erwartet doch die Regierung selbst von dieser gewaltigen Kohlenwertenerung „nur“ etwa eine halbe Milliarde Mark pro Jahr, was gegenüber den Summen, die gebraucht werden, noch keine allzu große Rolle spielt.

Es widerspricht uns, über diese neue Erbschwerung der Lebenshaltung, die noch lange nicht die letzte sein wird, zu ärgern und zu jammern. Wir mögen auch niemand mit Hoffnungen auf den Reichstag oder dergleichen zu trösten. Denn wir wissen ganz genau, daß das uns nur ein papierner Trost sein würde. In ganz kurzer Zeit werden nicht nur die Preise für die Kohlen in dem angegebenen Maße steigen - zum wiederholtenmal seit Kriegsbeginn! -, sondern zugleich auch die für Gas, Wasser und elektrisches Licht, für deren Vertenerung das Gesetz ja gleich mit sorgt, und bald hinterher die Preise für alle andern Waren. Das ist nun so, wie es ist. Solange die Wähler nicht die Kraft finden, Arzenei zu verhindern, müssen sie die Opfer tragen, und zu dem Opfern gehört die schwere Belastung des Lebensunterhalts, die wir bis jetzt erlebt haben und die noch lange nicht auf ihrem Gipfel angelangt ist. Darüber darf man sich nicht täuschen und besonders nicht sich durch Medensarten hinwegzutäuschen suchen, sondern dem muß man fest und klar ins Antlitz schauen. Selbstverständlich darf die Erkenntnis, daß die Appropria des Steuerbudgets der Regierung im Reichstag sicher ist, und daß der gegenwärtige Staat wie auch die Beding seiner Bedürfnisse durch direkte Steuern allein oder auch nur in überwiegendem Maße zulassen wird, die Sozialdemokratie nicht veranlassen, nun fatalistisch die Hände in den Schoß zu legen. Sondern sie hat